



# FÜR UND WIDER

## Herrschende Wirtschaftsordnung und aufklärerische Vernunft

Mit dem Zusammenbruch des Ostens sei die Geschichte an ihrem Ende angelangt (vgl. Marginalie unten), zumindest was die Suche nach dem richtigen Wirtschaftssystem betrifft. Das glauben viele. Die Marktwirtschaft habe sich, so heißt es weiter, im Wettstreit der Systeme eben als stärker erwiesen. Sie scheint auch in den Augen der meisten Zeitgenossen moralisch jeder Alternative überlegen zu sein. Das Bayerische Kultusministerium ließ sich im Vereinigungstaumel sogar dazu hinreißen, die herrschende Wirtschaftsordnung als Quasi-Inkarnation unserer Verfassung auszugeben. Die Kultusbehörde machte dieses Bekenntnis obendrein noch für alle bayerischen Schüler verbindlich, als sie in einer Bekanntmachung vom 14. November 1990 forderte, die Schüler sollten den „engen Bezug“ zwischen Sozialer Marktwirtschaft und den Grundwerten unserer Verfassung „erkennen und akzeptieren“. Heute ist das Siegesgeschrei etwas abgeklungen, oder es wird zumindest von sich häufenden Meldungen über hausgemachte Katastrophen erstickt. Diskussionsbeiträge der letzten Zeit beweisen zudem, daß diejenigen wieder ernster genommen werden, die Leistungen und Versagen der nunmehr weltweit herrschenden Wirtschaftsordnung intellektuell redlich gegenüberstellen. Gerade wirtschaftsethische Überlegungen zwingen zu einem neuen Denken. Einen akzeptablen Beurteilungsmaßstab in Sachen Wirtschaftsordnung kann dabei nicht einfach das

Recht des Stärkeren abgeben, sondern allein die aufklärerische Vernunft. Auf diesem Prüfstand – so die im folgenden zu belegende These – erweist sich die kapitalistische Marktwirtschaft, die sich gern mit dem Beinamen sozial schmückt, ganz und gar nicht als Stein der Weisen, der nun endlich weltweite Anerkennung verdient. Eine kritische Rekonstruktion der Geschichte der kapitalistischen Marktwirtschaft offenbart vielmehr ein ganz anderes Bild: den grandiosen Abstieg einer ursprünglich faszinierenden Idee zu einer intellektuell immer weniger überzeugenden, politisch dennoch einflußreichen Ideologie.

### Die Idee: Das Paradies auf Erden

Wenn die Menschen sich ihrer wahren Natur bewußtwerden und zu ihrem Egoismus stehen, so lehrte der Ökonom und Moralphilosoph Adam Smith vor gut 200 Jahren, wird jeder seinen eigenen Nutzen maximieren, jeder sich auf das spezialisieren, was er am besten kann. Die Individuen werden als freie und gleiche Subjekte Tauschverträge abschließen, und so wird für alle das Beste herauskommen. Die unsichtbare Hand des Marktes bewirkt, daß mit den knappen Mitteln auf dieser Erde so vernünftig wie irgend möglich umgegangen wird, besser als dies der klügste staatliche Planer je vermochte. Denn die Marktpreise zeigen jedem unmißverständlich, was gebraucht wird und was nicht, wie knapp etwas ist – im

Kritische Anmerkungen zum Alleinvertragsanspruch der kapitalistischen Marktwirtschaft nach dem Sieg des Westens über den Osten von *Dr. Fritz Reheis*, StR am Arnold-Gymnasium Neustadt bei Coburg und an der Fachhochschule Coburg.

Der amerikanische Historiker Francis Fukuyama verkündete im Anschluß an den Zusammenbruch des sogenannten realen Sozialismus das Ende der Geschichte.

Adam Smith: „Tatsächlich hat er (der Mensch) nur seinen eigenen Vorteil und nicht den der Gesellschaft im Auge, aber ... notwendigerweise führt ihn die Erwägung seines eigenen Vorteils gerade dahin, daß er diejenige Kapitalnutzung vorzieht, die zugleich für die Gesellschaft *höchstersprießlich* ist.“ (Smith, A.: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstands, Bd. 2, hrsg. von H. Waentig, 2. Aufl., Jena 1923, S. 232)

Verhältnis zu den natürlichen Gegebenheiten und den Wünschen der Menschen. Zentrale Rahmenbedingung: Der Staat muß sich heraushalten, er muß sich auf die Gewährleistung des Eigentums und der Vertragstreue beschränken. Weil dieses System prinzipiell allen gleichermaßen dient, ist Politik ein relativ friedliches Geschäft: Honoratioren sitzen zusammen und finden im Diskurs heraus, was der Vernunft entspricht. Die Organisation von Interessen und das Ringen um Macht ist diesem frühliberalen Politikverständnis fremd (vgl. Marginalie).

In der Wirklichkeit des 18. und 19. Jahrhunderts kam es dann anders. Der auf alle gleich verteilte „Wohlstand der Nationen“ wollte sich nicht so recht einstellen, die Harmonie der Interessen ließ zu wünschen übrig. Die Marktsubjekte sahen sich gezwungen, sich zu Interessengruppen zusammenzuschließen und nach der sichtbaren Hand als Ergänzung und Ersatz der unsichtbaren zu rufen. Der Interventionsstaat wurde geboren, in Deutschland mit der Schutzzoll- und Sozialpolitik in den späten 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts. Das Gemeinwohl ergab sich, der herrschenden Überzeugung entsprechend, jetzt nicht mehr aus dem Preismechanismus allein, sondern als Resultante der übergreifenden Konkurrenz um wirtschaftliche Güter *und* politische Macht. Aber nach wie vor vertraute man darauf, daß sich im Endeffekt auch aus der kollektiven Maximierung, die die Verbände, Parteien, Staaten und Staatenbündnisse jeweils betreiben, mittels des politischen Konkurrenzprinzips Ordnung und Frieden ergebe. Die Logik schien ganz analog der individuellen Maximierung, nur daß nun der Wettbewerb nicht mehr um Geld allein, sondern zusätzlich auch um politische Macht ging.

Im wesentlichen schienen es der als naturgegeben angesehene Egoismus der partikularen Kräfte und der nicht

weniger naturgesetzte Konkurrenzmechanismus zu sein, denen alles zu verdanken war: Wohlstand, Freiheit und Vernunft. Wo nur mehr Naturbedingungen herrschen, ist Herrschaft in ihrem Wesen abgeschafft. Was bleibt ist das Schicksal, daß der eine von der Natur mit mehr, der andere mit weniger Gaben bedacht worden ist. Die Geschichte schien an ihr Ende angelangt, mehr Paradies auf Erden jedenfalls nicht mehr möglich. An dieser Überzeugung hält das herrschende Denken bis heute im Grunde fest. /1/ Und dies, obwohl von Jahrzehnt zu Jahrzehnt neue „Sach“zwänge auftauchten, das Bedürfnis nach sogenannten apriorischen Gemeinwohlstrategien unablässig expandierte: Konjunkturpolitik, Strukturpolitik, Entwicklungspolitik, Forschungspolitik, Umweltpolitik, Klimapolitik, immer ausgreifender wurden und werden die Erwartungen an sichtbare Hände.

### **Die Realität: Fragen über Fragen – Wie weit sind wir von der Hölle auf Erden entfernt?**

An der Jahrtausendschwelle muß sich die von Selbstsicherheit strotzende Art und Weise des Zusammenspiels von Wirtschaft und Politik, von Markt und Staat, das mit dem Begriffspaar „Interventionsstaat“ bzw. „Sozialstaat“ und „Soziale Marktwirtschaft“ erfaßt ist, allerdings einige Fragen gefallen lassen: Fragen zur normativen Akzeptanz, zur faktischen Lebensfähigkeit, zum Potential an historischer Vernunft.

Die spezifische Schwierigkeit bei der Beantwortung dieser Fragen besteht in der Wahl des adäquaten begrifflichen Bezugsrahmens. Die herrschende Diskussion leidet zumeist an einer zu engen Problemsicht, die durch die Art und Weise, wie unser Wissenschaftsbetrieb organisiert ist, mitbedingt ist. Die Beantwortung der nachfolgenden Fragen erfordert einen ganzheitlich-sozialwissenschaftlichen Ansatz, der – zumin-

dest bei der zweiten und dritten Frage – auch naturwissenschaftliche Grund-sachverhalte einbeziehen muß.

### *Zweifelhafte normative Akzeptanz*

Für eine wissenschaftlich fundierte An-näherung an die Frage nach der Akzep-tanz der herrschenden Wirtschaftsord-nung müßte zunächst der sozialwis-senschaftlich-sozialethische Begriffs-rahmen geklärt werden. Einverständnis dürfte am ehesten darüber herstellbar sein, daß Aussagen über das, was sein *soll*, grundsätzlich nur möglich sind, wenn vorher geklärt ist, was faktisch *ist* und was faktisch sein *kann* (vgl. Marginalie). Aber dann sind die Gemein-samkeiten auch schon wieder aufge-bracht. Die Diskussion über das Ver-hältnis von Marktwirtschaft und Moral ist nämlich durch eine Fülle gegensätz-licher Ausgangspunkte und dement-sprechend nichtkompatibler Ergebnis-se gekennzeichnet. /2/ Der Einfachheit halber soll im folgenden im Zusammen-hang mit der normativen Akzeptanz danach gefragt werden, inwieweit die seit der Aufklärung als fundamental geltenden Normen der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit in der Realität eingelöst werden können. Kann der bundesrepublikanische So-zialstaat die Freiheitsnorm wirklich garantieren, wenn in der bundesrepu-blikanischen Gesellschaft mehr Geld für Werbung als für Bildung aufgewen-det wird, mehr Ressourcen also zur Erzeugung von Bedürfnissen als zur Aufklärung über Bedürfnisse und Gren-zen ihrer Befriedigung zur Verfügung stehen? Wie verträgt es sich mit dem Autonomieideal, daß wir zwar trotz die-ser psychologischen Gewalten recht-lich frei sind, als Konsumenten unter zig Mittelklassewagentypen, Hunderten von Wurstsorten und Tausenden von Videofilmen auszuwählen, als Produ-zenten aber vorgegebene Arbeitsbe-dingungen bei Strafe der Erwerbslosig-

keit zu akzeptieren haben? Welche Hebel stellt uns der sozialstaatlich nachgebesserte Marktmechanismus zur Verfügung, um unsere Wünsche an zukünftige Konsum- und Arbeitsmög-lichkeiten zu artikulieren und durchzu-setzen? Wer konzipiert eigentlich unse-re Zukunft und stellt als erster die Wei-chen, mit welcher Legitimation und nach welchen Kriterien? In den Anfängen der Marktwirtschaft mag der freie Bauer, Handwerker oder Händler als Eigen-tümer seiner Produktionsmittel tatsäch-lich Herr seines Lebens gewesen sein, wenn man vom quasi-natürlichen Zwang zur Marktanpassung absieht. Aber 200 Jahre Wissenschafts- und Technikentwicklung haben unser Wirt-schaften mit völlig neuen Vergesell-schaftungsprozessen, mit räumlich ausgedehnten Netzen und zeitlich weit-reichenden Horizonten konfrontiert, und es muß dringend gefragt werden, ob das etablierte Zusammenspiel von Markt und Staat diesem Umstand Rechnung trägt – gerade auch im Hin-blick auf die zentrale regulative Idee der Menschenwürde, die Freiheit der Per-son.

Wie sieht es bei der Gleichheitsnorm aus? Die Standesschranken sind weg, rechtlich ist der gleiche Marktzugang prinzipiell gewährleistet. Aber wie steht es nach 200 Jahren Produktivkraft-entwicklung mit den faktischen Hür-den? Hat der Sozialstaat verhindern können, daß vier Millionen Bundesbür-ger nicht mehr in der Lage sind, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdie-nen, weil ihnen – aus welchen Gründen auch immer – der Zugang zum Arbeits-markt versperrt bleibt? Daß etwa in München im letzten Jahr der Anteil der-jenigen, die den Eintritt in den Woh-nungsmarkt nicht mehr schaffen, um 15, in den USA gar um 25 Prozent angewachsen ist? Daß zur Gründung eines Unternehmens und zur Aufrecht-erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im-mer größere Summen notwendig wer-

Werturteile können nach herrschender Auffassung nicht ohne weiteres durch Tat-sachenurteile begrün-det werden. Aber es gibt ein sogenanntes Brückenprinzip: Es soll nicht sein, was nicht sein kann.

Die Einrichtung eines einzigen industriellen Arbeitsplatzes, der den vom Weltmarkt vorgegebenen Produktivitätskriterien gerecht wird, kostet durchschnittlich 500 000 DM.

den (vgl. Marginalie), die von immer weniger Wettbewerbern aufgebracht werden können? Hat das internationale Konzert der reichsten und mächtigsten Sozialstaaten etwas daran ändern können, daß weltweit nur mehr wenige Volkswirtschaften mit dauerhaft positiven Bilanzen aufwarten können? Daß den Waren ganzer Weltregionen der Marktzugang nach Westeuropa, Japan und Nordamerika versperrt bleibt und daß diese Sperre mit militärischer Gewalt durchgesetzt wird, wenn die Menschen in ihrer aussichtslosen Lage versuchen sollten, sich selbst auf dem Arbeitsmarkt des reichen Nordens anzubieten? Erinnert nicht manches der gegenwärtigen Weltordnung an die griechische Polis: 80 Prozent der Bevölkerung ohne die Chance zu einer eigenständigen Lebensgestaltung, oft nicht in der Lage, auch nur elementarste Bedürfnisse zu befriedigen, und 20 Prozent Halb- und Vollbürger, die sich die Macht in UNO-Organisationen wie Weltbank und IWF nach dem Zensusprinzip aufgeteilt haben (vgl. Marginalie unten)? Die 200 Jahre Entwicklungsgeschichte, die die Marktwirtschaft auf dem Buckel hat, haben den Roboter gegen den Handarbeiter ins Rennen geschickt, den Mega-Chip gegen die Rechentafel und somit Umstände geschaffen, die radikales Umdenken in Sachen Weltwirtschaftsordnung zur Notwendigkeit werden lassen. Die Gleichheitsidee bedarf an der Schwelle zum 21. Jahrhundert einer völlig neuen institutionellen Konkretisierung. Nicht zuletzt das blamable Ergebnis, das die Versuche zur Einbeziehung Ostdeutschlands und Osteuropas in die westliche Wirtschaft bisher gezeitigt haben, bestätigt diese Notwendigkeit. Die Appelle an die Bereitschaft zum Teilen hingegen wirken hilflos und in einer auf das Leistungsprinzip psychologisch getrimmten Gesellschaft garadezu grotesk. Fast scheint es überflüssig, über die dritte der großen Aufklärungsideen ein

Wort zu verlieren. Wo bleibt die Brüderlichkeit, wenn weltweit 40 000 Kinder pro Tag an Hunger und Krankheiten sterben, wenn die gegenwärtige Generation gerade dabei ist, den zukünftigen Generationen einen geplünderten und vergifteten Planeten zu überlassen? Warum verhindern die mächtigsten und reichsten Staaten dieser Erde, allesamt ihrem Bekenntnis nach Soziale Marktwirtschaften, diese Grausamkeiten nicht? Wollen oder können sie nicht? Die Überlegenheit der Marktwirtschaft besteht genau darin, daß sie auch unter Teufeln noch funktioniert, hat einmal ein kluger Kopf gesagt. Denn ihre Anforderungen an die Moral der Menschen sind minimal. Welches Wunder müßte geschehen, daß diese moralisch Unterbelichteten, deren wirtschaftlicher Grundsatz der Sieg des Stärkeren ist, in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger auf einmal von Nächstenliebe, Solidarität, Mitgefühl und Verantwortungsbewußtsein getrieben würden? Sozialphilosophische Gerechtigkeitstheorien beinhalten deshalb regelmäßig das Plädoyer für eine radikale Neuordnung der gegenwärtigen Wirtschaft, etwa um dem Fairneßprinzip (John Rawls)/3/ gerecht zu werden. Universalisierbarkeit war einst eine zentrale Leitidee bürgerlicher Ethik, heute würde eine Universalisierung des fortgeschrittenen bürgerlichen Lebensstils zum unverzüglichen Ende der Spezies Mensch führen. /4/

### *Unwahrscheinliche Überlebensfähigkeit*

Ein Blick auf die bisherige Menschheitsgeschichte könnte die Vertreter der Orthodoxie nachdenklich stimmen: Gut 200 Jahre ist die kapitalistische Marktwirtschaft als Weltsystem alt, hundertmal älter aber ist die menschliche Kultur. Die dem Kapitalismus vorausgegangenen Formen der Vergesellschaftung verkörpern einen ungleich größeren Erfahrungsschatz in Hinblick auf die

1960 war das Pro-Kopf-Einkommen des reichsten Fünftels der Weltbevölkerung 30mal so hoch wie das des ärmsten Fünftels, 1970 bereits 32mal, 1980 45mal und 1989 59mal so hoch. (United Nations Development Programme, Human Development Report. New York 1992, S. 34)

Herstellung stabiler Kreisläufe zwischen Mensch und Mensch sowie Mensch und Natur. Worauf beruht eigentlich der Glaube, der Stein der Weisen sei mit den Institutionen Markt, Geld, Kapital und Zins ein für allemal gefunden?

Wenn etwa in den USA jede vierte Stadt praktisch bankrott ist oder in Afrika innerhalb des vergangenen Jahrzehnts das Nationalprodukt um 40 Prozent zurückgegangen ist, wenn immer weitere Weltregionen von den Zentren des Wohlstands abgekoppelt werden, muß die Frage gestattet sein, ob der Marktmechanismus als Basis zur Organisation der nationalen und internationalen Arbeitsteilung noch weiter taugt bzw. ob die Nationalstaaten zu den notwendigen Korrekturen des Wirtschaftsprozesses überhaupt noch in der Lage sind.

Wer zusehen muß, wie gerade in den sogenannten entwickelten Weltregionen der Boden immer mehr zugeteert und zubetoniert wird, in den sogenannten unterentwickelten Regionen alle zwei Jahre Waldflächen von der Größe der Bundesrepublik verschwinden, wer die OECD-Hochrechnung von 1981 kennt, nach der in 20 Jahren mehr als ein Drittel des bebaubaren Bodens der Welt verloren sein wird, dessen Vertrauen auf die Versöhnbarkeit von Ökonomie und Ökologie müßte eigentlich schon längst erschüttert sein. Warum sorgen die auf dem Markt entstehenden Preise und die von den politisch Verantwortlichen gesetzten Normen nicht dafür, daß solche Formen von Wachstum unbezahlbar werden? Ganz im Gegenteil: Das Erdöl ist seit dem Golfkrieg so billig wie lange nicht mehr geworden, ein unübersehbares Zeichen, daß Preise heute alles andere als Knappheitsindikatoren, also wertfreie, rein technisch funktionierende Steuerungsinstrumente sind. Sie sind vielmehr Ausdruck von Macht und der Bereitschaft, diese Macht auch skrupellos einzusetzen. Die seit Jahren laufende weltweite Dis-

kussion über Klimaschutz beweist, daß auch am anderen Ende des ökologischen Kreislaufs, wo unser Müll der Natur wieder überlassen wird, nicht der geringste Grund zur Zuversicht auf eine dauerhafte, stabile Vernetzung zwischen menschlichen und natürlichen Haushalten besteht. Preise für die Ablagerung von Kohlendioxid in der Atmosphäre ergeben sich halt nicht automatisch auf dem Weltmarkt, wie etwa Holzpreise, weil sich die Natur dem warenauswirtschaftlichen Parzellierungs- und Verrechnungssystem in vielerlei Hinsicht einfach nicht fügt. Solche Preise sind auch politisch bisher nicht durchsetzbar, weil die zwischenstaatliche Konkurrenz solch gemeinsames, rechtzeitig ansetzendes und zukunftsorientiertes Handeln offensichtlich nicht zuläßt. Die überaus mageren Ergebnisse der Konferenz von Rio bestätigen diese Befürchtung. Die Grenzen des Wachstums rücken mit wachsender Geschwindigkeit näher, jenseits dieser Grenzen droht nicht einfach Stillstand. Es geht vielmehr um das Verschwinden der ökologischen Nische für die Spezies Mensch. /5/

### *Pervertierte Vernunft*

Das Zeitalter der Ratio sei vor gut 200 Jahren angebrochen, heißt es in unseren Geschichtsbüchern. Die Realität sieht anders aus. Weltweit macht sich der religiöse und nationalistische Fundamentalismus breit. Ein Blick nach Jugoslawien, in die GUS-Länder und in den Nahen Osten zeigt, mit welchen Konsequenzen dies geschieht. Die Entwicklungsländer zahlen seit 1985 mehr Geld an die entwickelten, als umgekehrt. Der Norden rüstet den Süden zum letzten Gefecht – gegen sich selbst. In irakischen Scud-Raketen sollen schon deutsche TÜV-Stempel gesichtet worden sein. Der Anteil der Reparaturkosten am Bruttosozialprodukt nimmt viermal so schnell zu wie der

Rest. Die Politiker der sozialstaatlich-marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften stehen ratlos vor dramatisch steigenden Zahlen über Gewaltkriminalität und Drogenopfer. Die Warnung vor Besitzstondenken und der Appell zum Wertewandel verhallen ohnmächtig vor dem neuen Glaubensbekenntnis: Ich kaufe, also bin ich. (Panajotis Kondylis) /6/

Eine der größten Leistungen der Aufklärungsepoche war ihre faszinierende Vorstellung über den besten Weg des Erkenntnisfortschritts. Nicht Autoritäten sollen Wahrheit definieren, sondern allein die menschliche Vernunft. Zu diesem Zweck entwerfe man Ideen und Apparaturen und teste anschließend, ob sie sich bewähren oder nicht. Ein Prinzip, das dem Evolutionsprozeß der Natur abgeschaut ist. Was der Mensch bisher geworden ist, verdankt er nicht zuletzt seinen Irrtümern. Deshalb wäre er gut beraten, auch weiterhin für das „Menschenrecht auf Irrtum“ zu sorgen, wenn er überleben will. /7/ Die aus dem Kritischen Rationalismus entwickelte pluralistische Erkenntnistheorie hat das Geheimnis des Fortschritts so formuliert: Je mehr Ideen und Entwürfe, umso besser. Je mehr intellektuelle Konkurrenz, desto höher die Chancen für wirklich intelligente Lösungen. /8/ Doch irgend etwas ist schiefgelaufen. Mittlerweile sind so viele kaum mehr oder überhaupt nicht mehr korrigierbare Apparate in der Welt und zumeist schon flächendeckend ausgebreitet, daß Kontrollexperimente etwa bezüglich anderer Energiewirtschaften und Lebensstile oft unmöglich geworden sind. Durch Zerstörung von Vielfalt wird dem Zusammenspiel von Versuch und Irrtum, von Entwurf, Selektion und Evolution das Wasser unwiederbringlich abgegraben. Durch menschliche Transformation von Materie sind bereits so viele zusätzliche Gefahrenquellen in den Planeten eingebaut, daß wir nicht mehr damit rechnen können, daß die kom-

menden Generationen dies alles als notwendige Tribute an den Fortschritt, als zumutbare Belastungen akzeptieren werden. /9/ Die Welt ist zu einem Großlabor geworden. Wir sind unsere eigenen Versuchskaninchen. Der Versuch kann immer weniger abgebrochen oder modifiziert werden. Soziologen sprechen von der Risikogesellschaft, Biologen von gestörter Vernetzung. Militärs, technologisch den Zivilisten regelmäßig vorausseilend, reden vom sogenannten „Sicherheitsdilemma“, das unsere Zeit charakterisiere: Abschreckung durch Selbstvernichtung, Sicherheit durch „Omnucid“. Vielleicht muß man sich so die Endphase einer evolutionären Sackgasse vorstellen. Für Alleinvertretungsansprüche und Denkverbote gibt es also keinerlei Rechtfertigungen. Unsere Überlebenschancen sind davon abhängig, ob wir bereit sind, mit äußerster Sorgfalt die Konstruktionsfehler unserer Wirtschaftsordnung zu untersuchen und ohne alle Scheuklappen Alternativen zu entwickeln. Vorarbeiten sind seit langem geleistet – es kommt darauf an, sie endlich zur Kenntnis zu nehmen. Maßstab aller Kritik und aller Alternativmodelle ist und bleibt die aufklärerische Vernunft. Vor ihr kann nur eine Ordnung Bestand haben, die die Eingebundenheit des menschlichen Tuns in die Kreisläufe der Natur genauso respektiert wie die Menschenwürde als unverzichtbare und allen anderen Normen übergeordnete normative Basis (vgl. Marginalie).

#### Anmerkungen:

- 1 Vgl. Reheis, F.: Konkurrenz und Gleichgewicht als Fundamente von Gesellschaft. Interdisziplinäre Untersuchung zu einem sozialwissenschaftlichen Paradigma. Berlin 1986.
- 2 Als systematischen Bezugsrahmen, der die ethische und die sozialwissenschaftliche Perspektive gleichzeitig beinhaltet,

Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948:  
„Art. 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

„Art. 23:  
Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

„Art. 25:  
Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet.“

bieten sich – so mein Strukturierungsver-  
such – der methodologische Individualis-  
mus (Liberalismus) sowie der methodolo-  
gische Kollektivismus in seiner idealisti-  
schen (z. B. Kathedersozialismus) wie  
materialistischen (z. B. Marxismus) Aus-  
prägung an. Vgl. Reheis, F.: „Bierbank“  
versus „Kathedr“. Zur Abgrenzung von  
Marxismus und Kathedersozialismus am  
Beispiel Gustav Schmollers. In: Zeitschrift  
für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,  
Heft 3/91, S. 437-455.

3 Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit,  
Frankfurt/M. 1975.

4 Zur vertieften Begründung der hier ange-  
deuteten These von der unbefriedigenden  
normativen Akzeptanz vgl. Ulrich, P.:  
Transformation der ökonomischen Vernunft.  
Fortschrittsperspektiven der moder-  
nen Industriegesellschaft. Bern/Stutt-  
gart 1987; Ders.: Wirtschaftsethik auf der  
Suche nach der verlorenen ökonomi-  
schen Vernunft. In: ders. (Hrsg.): Auf der  
Suche nach einer modernen Wirtschaft-  
sethik – Lernschritte zu einer reflexiven  
Ökonomie. Bern/Stuttgart 1990; Biervert,  
B.; Held, M. (Hrsg.): Ethische Grundlagen  
der ökonomischen Theorie. Eigentum,  
Verträge, Institutionen. Frankfurt/M.; New  
York 1989. Zur Multiperspektivität des  
Themas Markt – Moral vgl. aus der indivi-  
dualistischen Perspektive der (Neo)Klas-  
sik z. B. Nutzinger, H. G.: Der Begriff Ver-  
antwortung aus ökonomischer und sozia-  
lethischer Sicht. In: Homann, K. (Hrsg.):  
Aktuelle Probleme der Wirtschaftsethik (=  
Schriften des Vereins für Sozialpolitik,  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwis-  
senschaften, Neue Folge, Bd. 211). Berlin  
1992; aus der kollektivistischen Perspek-  
tive für die in der Tradition des Kathe-  
dersozialismus stehende idealistische  
Variante z. B. v. Nell-Breuning, O.: Wirt-  
schaftsethik. In: Lenk, H.; Maring, M.  
(Hrsg.): Wirtschaft und Ethik. Stuttgart  
1992, S. 31-44; für die in der Marx-  
schen Tradition stehende materialistische Vari-  
ante z. B. Wildt, A.: Gerechtigkeit in Marx'  
„Kapital“. In: Angehrn, E.; Lohmann, G.  
(Hrsg.): Ethik und Marx. Moralkritik und

normative Grundlagen der Marx-  
schen Theorie. Königstein/Ts. 1986, S. 149-173.  
Zum Problem der Alternativen zur kapita-  
listischen Marktwirtschaft vgl. z. B. Re-  
heis, F.: Radikalisierung oder Überwindung  
der ökonomischen Vernunft? Zu Winfried  
Vogts „Theorie einer laboristischen Öko-  
nomie“ und Peter Ulrichs „Transformation  
der ökonomischen Vernunft“. In: Studia Phi-  
losophica 50 (1991), S. 221-234.

5 Vgl. bes. Meadows, D. H.; Meadows, D. L.;  
Randers, J.: Die neuen Grenzen des  
Wachstums. Die Lage der Menschheit:  
Bedrohung und Zukunftschancen. Aus  
dem Amerikanischen übertragen von H.-  
D. Heck, Stuttgart 1992.

6 Vgl. Kondylis, P.: Der Niedergang der bür-  
gerlichen Denk- und Lebensform. Die libe-  
rale Moderne und die massendemokratische  
Postmoderne. Weinheim 1991.

7 Vgl. Guggenberger, B.: Das Menschen-  
recht auf Irrtum. Anleitung zur Unvollkom-  
menheit. München 1987.

8 Spinner, H.: Fallibilismus und Pluralismus.  
In: ders.: Pluralismus als Erkenntnismo-  
dell. Frankfurt/M. 1974, S. 9-108, hier S. 90.

9 Vgl. Spaemann, R.: Technische Eingriffe  
in die Natur als Problem der politischen  
Ethik. In: Birnbacher, D.: Ökologie und  
Ethik. Stuttgart 1983, S. 180-206.